

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.5 - 65. Jahrgang

7. März 2015



Berlin sieht sich gut gerüstet für die Olympiabewerbung. Foto: BS

Spannung vor der Entscheidung

„Der Funke springt über“, da ist sich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller sicher. Am 21. März will sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) auf eine Bewerberstadt für die Olympischen Spiele 2024 festlegen.

„Berlin kann die Spiele, Berlin will die Spiele und Berlin ist gut darauf vorbereitet, nach dem 21. März hoffentlich in die nächste Bewerbungsphase zu starten. Die internationale Sportmetropole Berlin steht bereit“, erklärte Michael Müller.

Inzwischen haben die telefonischen Meinungsumfragen in Berlin und Hamburg stattgefunden. Das DOSB-Präsidium wird am 16. März im Anschluss an eine Konferenz mit den Olympischen Spitzenverbänden und einem Treffen mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Gesellschaft eine Empfehlung für die Außerordentliche Mitgliederversammlung erarbeiten. Neben dem Umfrageergebnis fließen weitere Kriterien ein. Berlin rechnet sich vor allem wegen der guten Ausstattung mit Sportanlagen und bei der Infrastruktur Chancen für die Olympiabewerbung aus. Vertreter des DOSB informierten sich darüber in den vergangenen Wochen bei Besuchen und Gesprächen mit dem Berliner Senat und der Wirtschaft. BS □

Frauentag:

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn

SPD verteilt 28.000 Rosen zum Internationalen Frauentag

Einen Tag vor dem Internationalen Frauentag erinnern die Berliner SPD und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) am heutigen Sonnabend mit der Verteilung von 28.000 Rosen an die Erfolge in der Frauenpolitik, aber auch an die noch anstehenden Aufgaben.

„Wir fordern das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Beseitigung von Einkommensunterschieden, gleichen Zugang zu Bildung, Teilhabe und Gesundheitsversorgung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - kurz die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen: Politik, Gesellschaft und Wirtschaft“, so die Berliner ASF-Vorsitzende Eva Högl.

In die Frauen- und Familienpolitik ist in den zurückliegenden Monaten Bewegung gekommen. In Aufsichtsräten großer Unternehmen gibt es nun eine gesetzliche Frauenquote, noch in diesem Jahr wird die SPD-Fraktion die Initiative für die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern in vergleichbaren Tätigkeiten ergreifen. Seit Anfang des Jahres gibt es verbesserte Mög-



Eva Högl, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Foto: Horb

lichkeiten für Berufstätige, sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern.

Mit neuen Arbeitszeitmodellen will die SPD „Familien in der Rushhour des Lebens“ unterstützen. „Mit der Idee der Familienarbeitszeit“, so der SPD-Parteivorstand, „wollen wir erreichen, dass die Arbeitszeit für Familien anders verteilt wird. Wenn sich die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern bei 30, 32 oder 35 Stunden annähern, dann hätten beide Partner Zeit für die Arbeit, aber auch für die Familie.“ siehe auch S. 3

„Den Schulfrieden erhalten“

Jan Stöß: Kritik an bildungspolitischen Vorschlägen der CDU

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß hat den Koalitionspartner CDU aufgefordert, keinen Unfrieden an Berliner Schulen zu stiften.

Grundlage der gemeinsamen Regierungsverantwortung sei der Koalitionsvertrag, „in dem sich beide Koalitionspartner auf einen Schulfrieden geeinigt haben - nämlich darauf, umgesetzte Reformen im Bildungssystem wirken zu lassen“. Die Berliner CDU hatte zuvor angekündigt, auf einem Landesparteitag über Bildungspolitik diskutieren zu wollen und dazu Vorstellungen vorab veröffentlicht.

„Berlin hat sich bereits in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gemacht, das Berliner Schulsystem zu reformieren, ge-

rechter und durchlässiger zu machen“, so Stöß. „Unsere Berliner Schulstrukturreform mit der Einführung der Sekundarschule

IN DIESER AUSGABE:

SALEH IM TECHNIK-MUSEUM	S. 4
MIETPREISBREMSE KOMMT	S. 5
„SPD SORGT FÜR STABILITÄT“	S. 6
ROTES TUCH AUSGESCHRIEBEN	S. 16

wird mehr und mehr zum Vorbild für andere Bundesländer. Für die Berliner SPD ist klar: Wir stehen für ein durchlässiges Bildungssystem, in dem Kinder bestmöglich gefördert werden.“ Mit ihren bildungspolitischen Forderungen zeige die CDU, dass sie keine moderne Großstadtpartei sei. BS □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

„Die Grundrechte beachten“

Fluggastdatenspeicherung: Gegen Schnellschüsse bei Terrorbekämpfung

Nach den Terroranschlägen von Paris wird die Debatte um neue Maßnahmen zur europaweiten Terrorbekämpfung wieder lauter. Die EU-Mitgliedstaaten und konservative Politiker im Europäischen Parlament fordern schon seit längerem die Sammlung und Analyse von Fluggastdaten (PNR) zum Zweck der Terrorbekämpfung und bringen dies nun erneut ins Spiel.

Fluggastdaten sind diejenigen Daten, die jede Fluggesellschaft von allen Passagieren zur Abwicklung der Buchung speichert. Dies sind unter anderem die Namen der Passagiere, Abflugort und Ziel, die Rechnungsadresse, aber auch die Sitznummer, ob Gepäck aufgegeben wurde oder den Namen des Sachbearbeiters im Reisebüro.

Bereits im Februar 2011 legte die Europäische Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag vor, der es den Sicherheitsbehörden der EU-Staaten ermöglichen soll, diese Daten zum Zweck der Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität unter bestimmten Voraussetzungen analysieren zu können. Die Daten aller Passagiere von Flügen von und nach Europa wären hiervon betroffen, daher die Kurzform EU-PNR.

Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments, in dem ich arbeite, lehnte diesen Vorschlag der Kommission im April 2013 jedoch aufgrund erheblicher Bedenken über die Grundrechtskonformität ab. Eine anlasslose Speicherung von Daten aller Reisenden, ohne jeglichen vorliegenden Verdacht und eine unverhältnismäßige Speicherdauer war und ist für uns Sozialdemokraten nicht akzeptabel. Daher stehen wir auch dem Ende Februar dieses Jahres neu vorgelegten Berichtsentwurf des konservativen Berichterstatters weiterhin ausgesprochen kritisch gegenüber. Hierfür gibt es gewichtige Gründe:

GRUNDRECHTS-CHECK

Im April 2014 erklärte der Europäische Gerichtshof die bereits verabschiedete EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die die Sammlung von Telekommunikationsdaten auf Vorrat in allen EU-Mitgliedstaaten regelte, für nicht grundrechtskonform. Gleichzeitig stellte er eine neue und besonders strenge Methode zur Überprüfung der Grundrechtskonformität von Überwachungsmaßnahmen vor. An den hier aufgestellten Kriterien muss sich auch ein mögliches EU-PNR messen lassen. Wir Sozialdemokraten haben massive Bedenken, ob der aktuelle Vorschlag der Kommission



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete. Foto: Europäische Union

einen solchen Grundrechts-Check bestehen würde. Wir haben die Kommission daher schon mehrfach aufgefordert, eine Evaluierung ihres Vorschlags auf Basis des EuGH-Urteils vorzulegen. Nun endlich hat die Kommission eingelenkt, Anfang März soll das Ergebnis vorliegen.

Eine Debatte über die Einführung einer EU-PNR kann nur ernsthaft geführt werden, wenn endlich ein robuster allgemeiner EU-Rechtsrahmen für die Speicherung von Daten im Rahmen der Strafverfolgung geschaffen wird. Die Kommission hat 2012 ein Gesetzespaket vorgeschlagen, das auch eine solche Richtlinie umfasst. Das Europäische Parlament hat sich Anfang 2014 auf seine Position geeinigt. Die Mitgliedstaaten im Rat blockieren hier jedoch und können sich nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Ohne klar definierte Mindeststandards für den Datenschutz bei der Strafverfolgung können wir keine Entscheidung zu einer EU-PNR treffen.

Bei der Diskussion über die Einführung neuer Instrumente gerät eines häufig in Vergessenheit: Es gibt bereits vielfältige Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden, vorhandene Daten zu analysieren und diese zur Terrorismusbekämpfung zu verwenden. So existiert beispielsweise das so genannte Schengener Informationssystem (SIS), das es Sicherheitsbehörden aller Schengen-Länder ermöglicht, auf eine europaweite Datenbank zur Personen- und Sachfahndung zuzugreifen. Die Kooperationsbereitschaft ist jedoch mangelhaft. Vier Staaten liefern 80 Prozent der zur Verfügung stehenden Datensätze. Hier sollte angesetzt werden, anstatt das Sammeln immer neuer Daten zu fordern.

Wir fordern die Kommission auf, gleichzeitig mit der Vorlage der neuen Europäischen Sicherheitsagenda, die in den nächsten Monaten erwartet wird, auch eine Evaluierung zur Wirksamkeit von allen bisher eingeführten Instrumente zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität vorzulegen. Eine solche Überprüfung hat bisher noch nie stattgefunden. Anstatt neuer Schnellschüsse bei der Terrorbekämpfung sollte vielmehr das Potential der schon bestehenden Maßnahmen ausgeschöpft werden, um Terrorismus wirksam und grundrechtskonform zu bekämpfen. **Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

POLITIK PERSÖNLICH

Klaus Wowerit übernimmt gemeinsam mit Jutta Allmendinger die ehrenamtliche Leitung einer Expertenkommission der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Aufgabe ist es, Handlungsempfehlungen für einen besseren Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu erarbeiten.

Jan-Christopher Rämer ist auf der Neuköllner SPD-Kreisdelegiertenversammlung zum Nachfolger von Franziska Giffey als Bezirksstadtrat für Bildung, Schule, Kultur und Sport nominiert worden.

Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, soll auf Vorschlag des Senats Mitglied des Aufsichtsrates der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) werden.

Burgunde Grosse ist neue Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus für Arbeitsmarktpolitik. Die Abgeordnete aus Spandau war bereits in der vergangenen Legislatur Sprecherin für diesen Bereich. Sie folgt Birgit Monteiro nach, die zur Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg gewählt worden ist. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Frauenpolitik:

„Lebendige Frauenbewegung“

Dilek Kolat über Erfolge und neue Ziele für Berlin

Berlin ist auf dem Weg zur frauenfreundlichen Stadt, sagt Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat im Interview mit der Berliner Stimme

BS: Frau Kolat, als Sie vor 20 Jahren in die SPD eingetreten sind, fand zeitgleich die Welt-Frauenkonferenz von Peking statt, die die Rechte von Frauen weltweit schützen und Gewalt ächten wollte. Wie aktuell ist der damalige Forderungskatalog heute?

Dilek Kolat: Im Zentrum stand die Auseinandersetzung um die Geltung der Menschenrechte als universelle Frauenrechte. Die Menschenrechte schließen das Recht von Frauen ein, frei über ihre Sexualität zu entscheiden, ohne Zwang, ohne Diskriminierung, ohne Gewalt. Das wurde damals sehr hart erkämpft: Auf der einen Seite standen Staaten, für die die Menschenrechte universell sind und somit auch für Frauen gültig. Auf der anderen Seite standen der Vatikan, christliche und islamistische Fundamentalisten, die im Namen von Religion und Kultur die Rechte von Frauen einschränken wollten. In der Bundesrepublik Deutschland hat es von da an wichtige Fortschritte gegeben: vom Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz 1996 über das Gesetz zur Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe 1997, die Verankerung von Gender Mainstreaming als Leitprinzip der Verwaltung 2002, das Allgemeine Antidiskriminierungsgesetz 2006 bis hin zur Frauenquote in Aufsichtsräten. Dennoch ist Gewalt an Frauen weltweit und auch in Berlin weiter ein bedrückendes Problem. Häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Vergewaltigung, Ehrenmorde, Pornografie, Prostitution und Menschenhandel verletzen Frauen und Mädchen in ihrer Menschenwürde und stellen eklatante Menschenrechtsverletzungen dar.

BS: Als Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration setzen Sie sich für eine moderne Frauenpolitik ein. Wo sehen Sie derzeit die größten Probleme und Sorgen der Berlinerinnen?

Dilek Kolat: Berlinerinnen wollen gleichberechtigt und gewaltfrei in ihrer Stadt leben, arbeiten und an der Entwicklung der Stadt mitwirken. Sie sorgen sich um bezahlbaren Wohnraum, um eine gute Betreuung und Ausbildung ihrer Kinder. Sie wollen natürlich auch gute und faire Arbeitsplätze, was übrigens auch die gleichen Löhne wie männliche Kollegen mit beinhaltet. Gerade für viele Alleinerziehende in Berlin ist das Armutsrisiko groß. Als Senat haben wir ein Gesamtkonzept zur Unterstützung von alleinerziehenden Frauen auf



Senatorin Dilek Kolat.

Foto: Sen AIF

den Weg gebracht. Für Frauen, die Gewalt erleiden müssen, haben wir ein sehr gut funktionierendes Hilfesystem, von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen bis hin zur BIG-Hotline, einer telefonischen Beratung, die immer erreichbar ist.

BS: Berlin will eine frauenfreundliche Stadt sein. Was fehlt ihr noch, was zeichnet Berlin bereits aus?

Dilek Kolat: In Berlin sind überdurchschnittlich viele Frauen erwerbstätig. Es gibt eine lebendige und vielfältige Frauenbewegung, die den Frauen Stimme und Gehör verschafft. Mit dem bundesweit beachteten „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm“ und dem Leitbild „Gleichstellung im Land Berlin“ leisten wir Pionierarbeit für eine frauenfreundliche Stadt. Was vielen Berlinerinnen aber zurecht aufstößt, ist die weite Verbreitung sexistischer Werbung. Ein Miteinander auf Augenhöhe trägt keine Herabwürdigung. Hier hat Berlin die Chance, voran zu gehen und für ein Stadtbild zu sorgen, in welchem sich die Bürgerinnen selbstbewusst spiegeln können.

BS: Welche Berliner Frauen-Projekte liegen Ihnen derzeit besonders am Herzen?

Dilek Kolat: Die Vielfalt der Berliner Frauenprojekte ist gleichzeitig ihre Stärke. Ob es um Fragen des Arbeitsmarkts, der Bildung, der Anti-Gewalt-Arbeit oder Kultur geht: In den vielen Projekten zeigt sich die Kreativität, aber auch der Bedarf für jene Angebote, die an der Lebensrealität von Frauen ansetzen. Da ist es fast unmöglich, eines herauszuheben. Mit Blick auf die Weltfrauenkonferenz in Peking halte ich die Geltung und Einhaltung der Menschenrechte für Frauen - mit allen Konsequenzen für Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung - nach wie vor für zentral. □

Ausstellung:

„Schwestern, zur Sonne...“

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat am Freitagabend gemeinsam mit der ASF-Vorsitzenden Elke Ferner die Ausstellung „Schwestern zur Sonne zur Gleichheit“ im Willy-Brandt-Haus eröffnet.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Wegmarken sozialdemokratischer Frauenpolitik vom 19. Jahrhundert bis heute und vor allem die Protagonistinnen dieser Politik. Anhand von Biographien bekannter Sozialdemokratinnen werden 150 Jahre Geschichte lebendig. Gleichzeitig wird an die Lebensleistung dieser Frauen erinnert. Manche von ihnen mussten für ihre politischen Überzeugungen mit dem Leben bezahlen, andere wurden verfolgt oder ins Exil gezwungen. **PM □**

➔ Ausstellung „Schwestern zur Sonne zur Gleichheit“ vom 7. März bis 12. April 2015, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin. Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich.

Frauentag:

Rosenverteilung und Empfang

An diesem Wochenende gibt es eine Vielzahl von Terminen rund um den Frauentag. Eine kleine Auswahl:

Rosenverteilung. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller verteilt am Sonnabend um 16 Uhr mit der ASF Charlottenburg-Wilmersdorf und Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann Rosen auf der Wilmersdorfer Straße. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß ist an drei Orten in Mitte (10.00 Uhr vor Lidl Leipziger Str. 45, 11.00 Uhr vor Edeka Fischerinsel 12, 12.00 Uhr am Alexa, Voltaire- Ecke Dircksenstr.). Auch die stellv. Bundestagsfraktionsvorsitzende Eva Högl ist unterwegs in Mitte (11 Uhr vor Schillerpark-Center, 12 Uhr Leopoldplatz, 13 Uhr Gesundbrunnencenter Badstraße). Neuköllns Bürgermeisterkandidatin Franziska Giffey ist um 10.30 Uhr vor dem Hermann-Quartier (Hermannstraße 158), der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz ab 11 Uhr auf dem Spandauer Markt.

Empfang. Die SPD-Abgeordnete Ulker Radziwill lädt um 13.30 Uhr zum Empfang ins Kiez-Büro (Friedbergstr. 36, 14057 Berlin) mit Michael Müller, Ina Czyborra, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Margrit Zauner, Mitglied im Bundesvorstand der ASF und Carolina Böhm, designierte Gleichstellungsbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Verkehr:**Sechs Millionen für Berlin**

Die vom Bund für Busse und Bahnen zur Verfügung gestellten Mittel steigen im laufenden Jahr um 110 Millionen Euro auf nun 7,41 Milliarden Euro. Sechs Millionen Euro davon gehen nach Berlin. Dies berichtet der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz nach einem entsprechenden Beschluss des Haushaltsausschusses.

„Damit ist für die sogenannten Regionalisierungsmittel erst einmal eine Zwischenlösung gefunden“, sagt der Haushaltsexperte seiner Fraktion. „Klar ist aber auch, dass das nur ein erster Schritt sein kann. Wir müssen das Nahverkehrsangebot verbessern.“ Der Änderung des Regionalisierungsgesetzes müsse rasch eine langfristige und verlässliche Lösung für die Verkehrsverbände, spätestens im Zuge der laufenden Bund-Länder-Finanzverhandlungen, folgen. Die jetzt beschlossene Anhebung um 1,5 Prozent kommt aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes. Für das Land Berlin bedeutet dies Mehreinnahmen für Busse und Bahnen von rund sechs Millionen Euro, die den täglich rund 3,6 Millionen Fahrgästen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg zugute kommen. **BS** □

Gesundheit:**„Impfmüdigkeit bekämpfen“**

Die Jusos Berlin haben Gesundheitsminister Mario Czaja (CDU) aufgefordert, die Impfmüdigkeit in Berlin wirksam zu bekämpfen.

„Der Todesfall eines anderthalbjährigen Kindes an Masern ist der bisherige traurige Höhepunkt einer Entwicklung, die sich in Berlin seit Jahren abzeichnet“, so der Juso-Landesvorsitzende Kevin Kühnert. „Impfmüdigkeit wird zum alternativen Lebensstil erklärt. Mit esoterischen Begründungen gefährden immer mehr Menschen sich selbst, ihre Kinder und Andere. Davon sind besonders die schwächsten Berlinerinnen und Berliner getroffen, die beispielsweise aufgrund einer Immunschwäche oder ihres Alters nicht geimpft werden konnten. Leider wird dies häufig unwidersprochen hingenommen.“ Die Jusos fordern eine breit aufgestellte Informations- und Aufklärungskampagne der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, die sich offensiv mit falschen Behauptungen von Impfgegnerinnen und Impfgegnern auseinandersetzt. Kühnert: „Senator Czaja muss jetzt vorangehen und offensiv für das Impfen werben. Es ist ein zivilisatorischer Irrsinn, dass wir uns im Jahr 2015 tatsächlich noch mit einer solchen Masern-Welle herumschlagen müssen.“ **BS** □

Beschäftigung:**Job mit Perspektive****Erfolg für Mitarbeiter im Technikmuseum Berlin**

Das Technikmuseum Berlin ist mit 25.000 qm Ausstellungsfläche und 590.000 Besucherinnen und Besuchern pro Jahr eines der wichtigsten Museen Berlins. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sieht die Lage aber nicht so rosig aus: Von den knapp 120 Besucherbetreuerinnen und Besucherbetreuern des Technikmuseums sind bisher knapp die Hälfte nur in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt.

Im Sommer letzten Jahres informierten der Betriebsrat und die Ver.di-Betriebsgruppe die SPD-Fraktion über diese Situation. Seitdem wurde darüber in der SPD-Fraktion immer wieder kritisch diskutiert. Schließlich ist gute Arbeit ein Kernpunkt für die SPD. Sachgrundlose Befristungen verstoßen gegen dieses Ziel. Denn befristete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine Lebensperspektive, müssen immer um ihren Job bangen und trauen sich zudem seltener, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Hinzu kommt die Ungleichbehandlung mit den unbefristeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gerade bei einer Einrichtung, die maßgeblich vom Land Berlin finanziert wird, ist das nicht hinnehmbar.

Das sieht auch Staatssekretär Tim Renner (SPD) so. Am letzten Donnerstag trafen



Setzt sich für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ein: der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh.

Foto: Regentaucher / SPD-Fraktion

sich deshalb SPD-Fraktionschef Raed Saleh, Staatssekretär Renner und der Chef des Technikmuseums Prof. Dirk Böndel zu einem Gespräch, um über mögliche Lösungen zu sprechen. Das Ergebnis: Über 80 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der T&M GmbH sollen in Zukunft entfristet werden, so das gemeinsame Ziel.

Für die Arbeitnehmer des Technikmuseums ist das Ziel, das Raed Saleh, Tim Renner und Prof. Dirk Böndel jetzt verkündet haben ein wichtiger Erfolg. Sie werden weiter engagiert für ihre Rechte eintreten und haben dabei die SPD an ihrer Seite.

Sven Meyer, Vorsitzender der Afa Reinickendorf □

Stadtentwicklung:**Senat verbessert Mieterschutz**

Mit einer jetzt vom Senat beschlossenen Umwandlungsverordnung bekommen die Bezirke die Möglichkeit, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu stoppen.

Die Regelung gilt in den bislang 21 sozialen Erhaltungsgebieten, in denen rund 300.000 Berlinerinnen und Berliner leben. Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel: „Wir wollen lebendige und sozial durchmischte Kieze in Berlin. Jeder sollte die Möglichkeit haben, in allen Teilen der Stadt wohnen zu können. Mit der Umwandlungsverordnung schützen wir Mieterinnen und Mieter in besonders gefährdeten Gebieten vor Verdrängung.“ Künftig wird von den Bezirken auf der Grundlage des § 172 des Baugesetzbuches, einem Bundesgesetz, geprüft, ob die Begründung von Wohnungs- und Teileigentum genehmigt werden kann. Wenn sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren nur an die Mieter zu veräußern, kann die Umwandlung genehmigt werden. **BS** □

Haushalt:**Wieder mehr Investitionen in Berlin**

Mit dem am Dienstag vom Senat beschlossenen Nachtragshaushalt stehen in diesem Jahr rund 500 Mio. Euro mehr für die Bildungs-, Verkehrs- und soziale Infrastruktur zur Verfügung.

„Das Bevölkerungswachstum Berlins bietet Chancen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, aber es ist vor allem mit Blick auf die Infrastruktur auch eine Herausforderung“, erklärte Finanzsenator Dr. Kollatz-Ahnen. „Mit dem Nachtragshaushalt schaffen wir die Voraussetzung dafür, über das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zügig wichtige Investitionen in der Stadt auf den Weg zu bringen.“ Das Sondervermögen hat der Senat mit 496 Millionen Euro ausgestattet, 438 Mio. Euro davon stammen wie im Gesetz vorgesehen aus dem Finanzierungüberschuss des Jahres 2014, dazu kommen 58 Mio. € aus sonstigen Überschüssen 2014. Auch im Doppelhaushalt 2016/2017 setzt der Senat ein deutliches Zeichen für die wachsende Stadt. **BS** □

Friedrichshain-Kreuzberg:

Die Mietpreisbremse kommt

Justizminister Heiko Maas im Wahlkreis von Cansel Kiziltepe

Einen Abend lang Zeit hat sich Heiko Maas, Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz Mitte Februar Zeit genommen, um sich über die Mietentwicklung in Kreuzberg zu informieren.

Gemeinsam mit Björn Eggert, MdA, haben wir uns von Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, berichten lassen. Kreuzberg gehört bundesweit zu den Gebieten mit der höchsten Mietsteigerung. Vor einiger Zeit hatte der Berliner Mieterverein die Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU zu mehr Eile bei der Verabschiedung der Mietpreisbremse gemahnt. Heiko Maas stellte klar, dass die Mietpreisbremse kommen wird. Mit dieser Haltung hat er sich genau eine Woche später auch im Koalitionsausschuss - gegen Widerstände von CDU/CSU - durchgesetzt.

Der Gesetzentwurf wird ohne inhaltliche Änderung in der ersten Märzwoche im Deutschen Bundestag in erster Lesung beraten. So machen wir deutlich, dass sich unser Engagement für ein soziales Mietrecht durchsetzt. Die Einführung der Mietpreisbremse wird für Millionen MieterInnen von großer Bedeutung sein. Gleichzeitig ist sie ein großer Erfolg für eine moderne, sozialdemokratische Rechts- und Verbraucherpolitik.

Mit der Mietpreisbremse sind die Zeiten



Zu Gast beim ASB: Cansel Kiziltepe, Heiko Maas und Björn Eggert. Foto: Büro Kiziltepe

vorbei, in denen Mietsteigerungen von 30 oder 40 Prozent möglich waren. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt darf die Miete bei Abschluss eines Mietvertrags grundsätzlich nur höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen für vielfältige und bunte Kieze sowie für ein soziales Miteinander in der Stadt. In diesem Zusammenhang steht auch die Einführung des Bestellerprinzips im Maklerrecht. Denn künftig soll gelten: „Wer bestellt, der bezahlt.“ Dieser Rechtsgrundsatz gilt überall, nur das Maklerwesen stellt noch eine Ausnahme dar. Diese ist nicht gerechtfertigt und die nun anstehende Abschaffung ist längst überfällig.

Im Anschluss an das Gespräch konnte sich Heiko Maas von den Auswirkungen der Mietsteigerungen selbst überzeugen. Bei einem Spaziergang am Südsterne stellte Reiner Wild dar, welche Veränderungen der Kiez über die Jahre durchgemacht hat. Stationen auf dem Spaziergang waren die Krumulus-Buchhandlung am Südsterne und die Räume des ASB Kreuzberg in der Gneisenaustraße. Hier betonten Axel Böhm, stv. Vorsitzender des ASB Berlin-Nordwest und sein Amtsvorgänger, Bernhard Richter, wie wichtig es ist, dass der ASB in der Innenstadt über Räume verfügt, auch wenn diese immer teurer werden. Für Anwerbung und Arbeit von Ehrenamtlichen ist es entscheidend, dass diese in ihrer Freizeit nicht noch lange Fahrzeiten auf sich nehmen müssen. Auf der letzten Station informierte sich Heiko Maas über die Unterbringung der Flüchtlinge in der Blücherstraße, die vorbildhaft für ganz Berlin ist. In der anschließenden offenen Bürgersprechstunde übergaben SeniorInnen vom Hansa-Ufer in Mitte knapp 80.000 Unterschriften an den Bundesminister. Mit ihrer Petition wollen sie den Verkauf des Hauses an einen privaten Investor verhindern. Björn Eggert und ich haben ihnen zugesagt, uns nach dem aktuellen Stand zu erkundigen und einen Besuch vor Ort abzustatten. **Cansel Kiziltepe** □

Gesundheit:

Arztbesuch muss allen offenstehen

Thomas Isenberg fordert eine Gesundheits-Chipkarte für Flüchtlinge

Die Einführung einer Gesundheits-Chipkarte für Flüchtlinge, analog zur üblichen Krankenversicherungskarte, hat Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, gefordert.

Wichtig sei dabei, so Isenberg, dass die Leistungen über eine Notfallversorgung hinausgehen, beispielsweise indem chronische Krankheiten nicht länger ausgeschlossen werden. Auch eine psychologische Versorgung müsse sichergestellt werden. Für die vielen in Berlin lebenden „Menschen ohne gültige Papiere“ müsse ferner ein „anonymer Krankenschein“ eingeführt werden.

Der Zugang und die Qualität der medizinischen Versorgung dürfen nach Ansicht von Isenberg nicht davon abhängig sein, ob jemand Flüchtling oder Asylbewerber ist. Berlin müsse ähnlich wie Bremen und Hamburg die Versorgung von Asylbewerbern mit einer Gesundheits-Chipkarte si-



Thomas Isenberg. Foto: SPD Berlin

cherstellen. „Entsprechendes haben wir auch in der SPD-Fraktion beschlossen – jetzt muss noch der Koalitionspartner handeln“, so Isenberg.

Diese Gesundheitskarte müsse genauso viel wert sein, wie jede andere Versicherungskarte. Isenberg: „Dies bedeutet: Chronische Krankheiten sollten behandelt werden können, bei Flüchtlingen und Asylbe-

werbern muss zudem eine adäquate psychologische bzw. psychotherapeutische Betreuung aufgebaut werden. In einem ersten Schritt in Berlin, in einem weiteren durch eine umfassende leistungsrechtliche Neugestaltung des Asylbewerberleistungsgesetz, das derzeit keine Leistungen für chronische Erkrankungen, sondern nur für akute Behandlungen vorsieht. Ich möchte nicht, dass Menschen in Berlin als Flüchtlinge oder Asylbewerber erst dann versorgt werden, wenn die Zähne eitrig oder die Schmerzen groß sind.“

Für die Gruppe von Menschen, die in Berlin „ohne Papiere“ leben, und aus Angst vor Abschiebung nicht zum Arzt gehen, fordert Isenberg einen „anonymen Krankenschein“ für die Arztpraxis. Zudem muss das „Nothelferverfahren“ im Krankenhaus neu gestaltet und gerecht ausfinanziert werden. Impfberatung und Maßnahmen der Durchführung des Impfschutzes müssen verbessert werden. **PM** □

Regionalkonferenz:

„Die SPD sorgt für Stabilität“

Bilanz des ersten Jahres der Großen Koalition auf Bundesebene

Eine Bilanz der bisherigen Regierungspolitik hat die SPD auf einer Regionalkonferenz der Landesverbände Berlin und Brandenburg im Willy-Brandt-Haus gezogen. „Dass diese Regierung stabil und handlungsfähig ist“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, „hat sehr viel mit der SPD zu tun.“ Das gelte auch für die Bewältigung der vielfältigen internationalen Konflikte. Gabriel bekräftigte, dass es mit der SPD keine Waffenlieferungen in die Ukraine geben werde.

Gabriel verwies auf die Mitgliederbefragung, die eine Zustimmung von 77 Prozent zum Koalitionsvertrag ergeben habe. „Unser Job ist es, Buchstabe für Buchstabe die Koalitionsvereinbarung abzuarbeiten“, sagte Gabriel. Dabei seien deutliche Erfolge erzielt worden, etwa die Durchsetzung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren und der Mindestlohn.

Sigmar Gabriel, die stellvertretende brandenburgische Landesvorsitzende Katrin Lange, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß beantworteten eine Vielzahl von Fragen aus der Mitglied-



Regionalkonferenz mit Jan Stöß, Sigmar Gabriel, Katrin Lange und Michael Müller. Foto: Horb

schaft. Die Themen waren vielfältig, sie reichten von der Gleichstellung über Fragen der Umwelt und Energie bis zur Finanztransaktionssteuer.

Michael Müller warb für die Unterstützung der Berliner Olympiabewerbung. Berlin wolle zum Kern der olympischen Idee zurückkehren und die Spiele in einer weltoffenen, toleranten Stadt jenseits aller kulturellen, politischen und religiösen Unterschiede austragen. Das sei gerade nach den Attentaten von Paris „das stärkste Signal“, das Berlin aussenden könne. In der

Wohnungspolitik werde er sich weiter für Neubauprojekte einsetzen. Unter Verweis auf die Widerstände von Anwohnern gegen ein Neubauprojekt auf den Buckower Feldern betonte Müller die gesamtstädtische Verantwortung der SPD. Bei jährlich 40.000 Zuzügen nach Berlin sei neuer Wohnraum notwendig. Hier müsse Politik auch „eine Haltung haben“. **uh** □

SPD-Angebote zum Girls'Day

Auch in diesem Jahr sind der SPD Landesverband und die Fraktion am 23. April 2015 beim Girls'Day dabei.

Der Girls'Day bietet die einmalige Gelegenheit, Mädchen den Tätigkeitsbereich Politik näher zu bringen. Zehn Mädchen können beim Landesverband Einblicke in die Berliner Politikwelt bekommen, zwanzig bei der Fraktion. Zum Programm gehören Führungen und Workshops.

➔ Mädchen, die Lust haben, dabei zu sein und mindestens die 7. Klasse besuchen, können sich hier anmelden: VeranstaltungenSPDBerlin@spd.de

ASF:

Ohne moralischen Zeigefinger

Zu Besuch in der Ausstellung „Porn That Way“ des Schwulen Museums

„Porn That Way“ heißt die aktuelle Ausstellung im Schwulen Museum. Am Samstag, 21. Februar 2015, lud die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen zum Besuch der Ausstellung ein. Kurator Kevin Clarke gab einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der lesbischen, schwulen, queeren und Trans*-Pornographie.

Dabei ging das Spektrum von der sehr freigelegig dargestellten Pornographie in der griechischen Antike über die (wiederum) heimlichen Anfänge schwuler Pornographie im 19. Jahrhundert bis zu den 1970er Jahren, in denen die sexuelle Revolution durch die selbstbewussten pornographischen Produktionen vorangetrieben wurde. Auch die heutige Entwicklung der Pornographie und der breite Fächer von geschlechtsübergreifender Lust und Erotik in Zeiten der schnellen digitalen Verfügbarkeit wird thematisiert.

Gleich zu Beginn trifft die Besucherin auf ein großes Porträt von Buck Angel, das sinnbildlich für die Breite der Ausstellung steht. Buck Angel, Trans*pornostar, präsent



Die ASF-Vorsitzende Eva Högl mit Kurator Kevin Clarke und Managing Director Andrea Wellbrock-Thumeyer. Foto: Budras

tiert seinen gestählten Oberkörper mit dem gleichen Stolz wie seine Vagina. So wird der Blick auf Körper und Geschlecht gleich zu Beginn des Rundganges bewusst gebrochen und das Auge und der Geist für Fragen nach Körperlichkeit geöffnet.

Clarke legte bei der Führung einen Schwerpunkt auf lesbische Pornographie,

die in der Ausstellung jedoch aufgrund ihres späteren Aufkommens deutlich weniger vertreten ist, als schwule Pornographie. Lesbische Pornos wurden vielfach von Männern zur rein männlichen Stimulation gefilmt. Clarke wies darauf hin, dass feministische Pornographie daher meist von lesbischer Pornographie getrennt betrachtet werden müsse. Feministische Pornographie beschäftigte sich schon sehr früh mit Fragen nach Geschlecht, Begehren, Emanzipation und weiblicher Sexualität. Daher entstand aus ihr auch die Trans*-Pornographie, die die Zweigeschlechtlichkeit ganz bewusst ablehnt.

Ohne den erhobenen moralischen Zeigefinger können sich die Besucher*innen einen Eindruck über den aktuellen pornographischen Zeitgeist und Debattenhintergründe informieren. Die zweistündige Führung lohnt, um keine Facette der Ausstellung zu verpassen. **Susann Budras** □

➔ Ausstellung ab 18 Jahre, zu sehen bis zum 31. März 2015. Lützowstraße 73, 10785 Berlin, So, Mo, Mi - Fr 14 bis 18 Uhr, Sa 14 bis 19 Uhr, Di geschlossen.

Queer-Sozials:

Ehrung für Engagement

Magnus-Hirschfeld-Preis zum 5. Mal ausgeschrieben

Die SPD Berlin und die QueerSozials (Schwusos) Berlin haben zum 5. Mal den Magnus-Hirschfeld-Preis ausgeschrieben.

Die Verleihung soll am Dienstag, dem 12. Mai 2015, im Rathaus Charlottenburg erfolgen. Der Preis wird im Gedenken an den Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung der Welt und Sozialdemokraten Magnus Hirschfeld für besondere Leistungen in der Queer-Politik in den Kategorien Einzelpersonen und Institutionen/Projekte vergeben. Die Gewinner_innen des letzten Magnus-Hirschfeld-Preis im Jahr 2012 waren die Autorin Dagmar Schultz und Tennis Borussia Berlin e.V.

Der Jury für die Vergabe des 5. Magnus-Hirschfeld-Preises gehören folgende Mitglieder an: Ulrike Rogatzki (Pfarrerin), Sylvia-Fee Wadehn (Seniorenarbeit im Rollbergkiez), Sissy Kraus (CSD e.V.), Schwester Daphne (Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz: OPSI) und Marcel de Groot (Schwulenberatung Berlin).

Der Preis besteht aus einer Plakette mit dem Porträt von Dr. Magnus Hirschfeld und ist zusätzlich mit jeweils 500 EURO do-

tiert. Die Vorschläge sollten neben dem Namen des / der Nominierten, die Anschrift, einen kurzen Lebenslauf bzw. eine Projektbeschreibung beinhalten.

➔ Nominierungen sind bis zum Sonntag, dem 12.04.2015, an die SPD Berlin, c/o QueerSozials (Schwusos) Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder an Magnus_Hirschfeld_Preis_2015@spd.de zu richten. Die Auslobung und ein Formblatt für Vorschläge gibt es unter www.queersozi.de.



Der Vorsitzende der AG60plus Werner Kleist (r.) hat in der vergangenen Woche beim traditionellen Jahresempfang im Nachbarschaftshaus am Urban auch den Regierenden Bürgermeister Michael Müller begrüßen können. Foto: Lorenz

Pankow:

Neun erfolgreiche Jahre

Alexander Götz legt SPD-Kreisvorsitz in Pankow nieder

Der Kreisvorsitzende der SPD Pankow Alexander Götz legt sein Amt zum 31. März 2015 nieder. Das erklärte er vor dem SPD-Kreisvorstand am 23. Februar. Alexander Götz ist von der Niedersächsischen Landesregierung zum Abteilungsleiter Kommunales im Innenministerium berufen worden.

„Alexander Götz hat fast ein Jahrzehnt lang als Kreisvorsitzender der SPD Pankow und als Mitglied im Landesvorstand den Weg der Berliner SPD mit gestaltet“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Der Kurs der Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, eine neue Energiepolitik im Land und die Modernisierung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Bezirken hat er maßgeblich mit erdacht und politisch mit durchgesetzt.“

Die SPD Pankow dankte Alexander Götz für sein Engagement. Neun Jahre lang hat er den Kreisverband Pankow als Vorsitzender geführt. In diese Zeit fallen die Wahlsiege 2006 und 2011, in denen die SPD jeweils klar stärkste Kraft im Bezirk wurde. Seitdem stellt die SPD den Bezirksbürgermeister und sieben Abgeordnete im Abgeordnetenhaus. Diese Jahre seien auch gekenn-



zeichnet von einem deutlichen Mitgliederzuwachs und der Durchsetzung von Pankower Ideen auf Landesebene.

Der Kreisvorstand will den Kreis bis zur regulären Neuwahl Anfang 2016 mit dem gewählten

Personal führen. Hierzu wird eine entsprechende Geschäftsverteilung zwischen den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Clara West, Knut Lambertin und Dennis Buchner, der Kreiskassiererin Sabine Röhrbein und der Kreisschriftführerin Camilla Bertheau festgelegt und vom Kreisvorstand beschlossen.

Für das bevorstehende Wahljahr 2016 hat der Kreisvorstand beschlossen, vier Arbeitsgruppen einzusetzen, die zu den im Rahmen einer Vorstandsklausur Ende 2014 herausgearbeiteten Leitthemen „Wachsender Bezirk“, „Soziale Teilhabe“, „Gute Bürgerdienste“ und „Innovatives Pankow“ Vorschläge für ein bezirkliches Wahlprogramm entwickeln sollen. **PM □**

FRAKTION INTERN

Einladung zum Tierpark-Dialog. Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses lädt am 11. März zur Veranstaltung „Tierpark - Wie kann Berlins größter Landschaftstiergarten noch attraktiver werden?“ ein.

Die Berlinerinnen und Berliner lieben den Tierpark und den Zoo. Beide sind unverwechselbar und unverzichtbar für unsere Stadt. Der 160 Hektar große Tierpark ist Europas größter Landschaftstiergarten und der artenreichste der Welt. Jährlich bestaunen rund eine Million Besucher über 7000 Tiere. Besonders in den östlichen Stadtbezirken ist der 1955 eröffnete Tierpark eine Institution. Dennoch rangiert er bei den Besucherzahlen und der Bekanntheit bei Berlin-Besuchern hinter dem Zoo.

Wir wollen die Einzigartigkeit des Tierparks als Erholungsraum und Landschaftspark erhalten. Bei unserem Tierpark-Dialog wollen wir gemeinsam mit Bürgern und Experten darüber sprechen, wie der Tierpark zukunftsfähig entwickelt werden kann. Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt: Welche Strategien gibt es, die Attraktivität des Tierparks zu steigern? Welche Pläne hat die neue Geschäftsführung von Tierpark und Zoo? Wie können die Besucherzahlen erhöht werden? Kann die Errichtung eines Familien- und Erlebnisbades für Synergieeffekte sorgen?

Alle Interessierten sind eingeladen, mit uns zu diskutieren. Die Podiumsteilnehmer sind: SPD-Fraktionschef Raed Saleh; Tierpark- und Zoochef Dr. Andreas Knieiriem; der Chef der Berliner Bäder-Betriebe Ole Bsted Hensing sowie die Abgeordneten Karin Halsch und Ole Kreins.

➔ Tierpark-Dialog am 11. März um 17.00 Uhr im Abacus Tierpark Hotel, Salon Berlin, Franz-Mett-Str. 3-9, 10319 Berlin, statt. Anmeldung bitte unter: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de oder Tel. 23 25 22 41.

Freier Weg für Mietpreisbremse im Bund. Die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Iris Spranger sagt: „Die künftig allgemein geltende Mietpreisbremse wird dazu beitragen, dass Mieten auch in den anderen Wohnungsbeständen für Normalverdiener bezahlbar bleiben. Dies ist ein großer Erfolg, weil damit eine seit langer Zeit auch und gerade von der Berliner SPD-Fraktion aufgestellte Forderung umgesetzt werden soll, die angesichts des knappen Wohnungsangebotes und steigender Mieten zu größerer sozialer Gerechtigkeit führt. In Berlin haben wir bei den landeseigenen Wohnungsbeständen diese mietspreisdämpfenden Regelungen bereits mit dem Mietenbündnis umgesetzt. **cs □**

AG Bezirksfinanzen:

Nachholbedarf in den Bezirken

Unterarbeitsgruppe „Personal“ legte ihren Bericht zur Personalentwicklung vor

Die Unterarbeitsgruppe Personal der AG-Bezirksfinanzen hat im April 2014 ihre Arbeit aufgenommen und sich mit folgender Aufgabe befasst: Die Personalausstattung Berlins samt seiner Beteiligungen ist zu betrachten. Hinsichtlich der Altersstruktur, der Qualifikation, des Status und der Besoldung sind aufgabenkritische Vorschläge zu erarbeiten.

Die Unterarbeitsgruppe Personal setzte sich gleichermaßen aus Vertreterinnen und Vertretern der Bezirke und des Landes sowie einem Vertreter des DGB zusammen. Dadurch wurde die Erörterung der Aufgabenstellung aus den unterschiedlichen Blickwinkeln der Teilnehmenden ermöglicht und die teilweise entgegenstehenden Interessenlagen weitgehend ausgeglichen.

Ausgehend von der Tatsache, dass die Bezirke vielfältige und umfangreiche Aufgaben bzw. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen haben, wurde zunächst die Personalausstattung beleuchtet. Im Januar 2013 standen den Bezirken 23 043 Beschäftigte zur Verfügung.

ZU WENIG PERSONAL IN DEN BEZIRKEN

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren einig darüber, dass die inzwischen weiter gesunkene Beschäftigtenzahl als nicht mehr ausreichend angesehen werden kann. Zum einen, weil durch altersbedingtes Ausscheiden von Beschäftigten die Beschäftigtenzahl weiter sinkt und zum anderen, weil in den Bezirken inzwischen große Einschnitte in Bezug auf die Zahl der angebotenen Dienstleistungen und auch bei der Qualität der zu erfüllenden Aufgaben zu verzeichnen sind.

Ergebnis der Diskussion war, dass die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes in der wachsenden Metropole Berlin trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung durch eine entsprechende Fortschreibung des Personalbedarfs gesichert werden muss. Zumal die im Jahr 2011 festgelegte Zielzahl von 20.000 Beschäftigten angesichts des erfolgreich praktizierten Stellenabbaus in den Bezirken und des bevorstehenden altersbedingten Ausscheidens vieler Beschäftigter bald unterschritten sein wird. Ein Personalmangel ist die Folge.

Neueinstellungen müssen forciert und der Umgang mit den vorhandenen Beschäftigten muss überdacht werden. Ein entsprechendes Meinungsbild zeichnete sich auch in der kurzen Diskussion auf



Annika Lange und Isabel Miels leiteten die Unterarbeitsgruppe Personal der AG Bezirksfinanzen.

Fotos: privat

dem Landesparteitag im November 2014 ab. Denn eins ist klar: Berlin ist eine wachsende Stadt, dementsprechend sind für die Personalfortschreibung die Bereiche der wachsenden Stadt zu identifizieren, in denen aufgrund des Verlaufs und der Prognosen zu Mengen- und Ausgabenentwicklung bei den Dienstleistungen (Produkten) im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung Bedarf festgestellt werden kann.

Es folgten zum einen die Entwicklung von Personalgewinnungsstrategien und zum anderen Überlegungen, wie das vorhandene Personal entwickelt werden kann, so dass nicht nur gutes Personal ausgebildet, übernommen und eingestellt werden kann, sondern auch das vorhandene bestmöglich motiviert und gleichzeitig fest an den Bezirk bzw. Berlin als Arbeitgeber gebunden werden kann.

ZUKUNFTSGERICHTETE PERSONALENTWICKLUNG

Voraussetzung dafür ist eine realistische Personalfortschreibung. Dabei wurden alle Vorschläge im Kontext der auf Landesebene geplanten oder bereits durchgeführten Maßnahmen beraten. Am Beispiel der Ausbildungs- und Übernahmehzahlen, die im Land erheblich höher sind als in den Bezirken, dem praktizierten Wissenstransfer, dem Gesundheitsmanagement, der Flexibilisierung der Arbeitsplätze und -zeiten und der Führungskräftequalifizierungen zeigt sich, dass in den Bezirken Nachholbedarf besteht, der allerdings nicht ohne angemessene finanzielle Ressourcen und das nötige Fachwissen aufgeholt werden kann.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher eine Kooperation zwischen dem Land und den

Bezirken, damit bereits bestehende Errungenschaften des Landes diskutiert und gegebenenfalls auf die Bezirke übertragen werden können.

Für eine zukunftsgerichtete Personalentwicklung muss eine strategische Personalbedarfsplanung erstellt, eine Ausbildungs-offensive gestartet, der Wissenstransfer gesichert und eine offensive Personalgewinnungsstrategie entwickelt werden. Die bezirkliche Personalpolitik und -entwicklung muss in Anlehnung an die Maßnahmen des Landes erneuert werden.

BERLIN ALS VORBILDLICHER ARBEITGEBER

Gleichzeitig sollte sich Berlin mit seinen Bezirken als vorbildlicher Arbeitgeber fortentwickeln. Dazu erörterte die Arbeitsgruppe den „DGB-Index Gute Arbeit“ für den öffentlichen Dienst. Dieser liefert durch Umfragen bei den Beschäftigten und anschließende Auswertung Kennzahlen zur Qualität der Arbeitsbedingungen. Das Urteil der Beschäftigten zur Arbeitsqualität und zur Qualität der Arbeitsbedingungen ist ein wesentlicher Richtwert für Verbesserungsmaßnahmen in jeder Hinsicht. Die Einführung des DGB-Index Gute Arbeit sollte angestrebt werden!

Die Bezahlung muss angemessen und fair sein. Für Entwicklung und die Umsetzung sämtlicher Maßnahmen sind finanzielle Ressourcen erforderlich. Die mengenmäßige Ausstattung der Bezirke muss den sozialen, demographischen und infrastrukturellen Unterschieden angepasst werden. Im Rahmen der Globalsumme müssten die Bezirke die wirtschaftlich zu beschäftigende Beschäftigtenzahl eigenständig festlegen können, unter der Voraussetzung, dass sie Personaleinstellungen langfristig verantworten können.

In Bezug auf Auslagerungen von bezirklichen Aufgaben einigte sich die Arbeitsgruppe darauf, dass diese an strenge Anforderungen gebunden sein müssen bzw. so gut ausfinanziert werden müssen, dass es nicht durch schlechte Bezahlung zu Qualitätseinbußen kommt.

Bei den Landesbeteiligungen soll möglichst gar nicht mehr ausgegliedert werden.

Die ersten Sonderprogramme, mit denen eine bessere Personalausstattung der Bezirke zur Erfüllung ihrer Aufgaben einhergeht, sind vom Abgeordnetenhaus bereits beschlossen worden. Weitere Maßnahmen müssen ergriffen werden.

Annika Lange / Isabel Miels □

Kommunen nicht allein lassen

Swen Schulz: Bund muss bei Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern helfen

Die Diskussion über Flüchtlinge und Asylbewerber hat viele Facetten. Als Mitglied des Haushaltsausschusses möchte ich hier die finanzielle Dimension der Unterbringung und Betreuung in den Kommunen beleuchten: Welche Verantwortung hat der Bund - und welche sollte er übernehmen?

Außenminister Steinmeier hat es vor einiger Zeit so formuliert: Die Welt scheint aus den Fugen zu geraten. Das führt dazu, dass mehr Menschen nach Deutschland kommen und Schutz suchen. Bei all den Diskussionen, die wir hier so führen, müssen wir uns immer im Klaren darüber sein, dass die unmittelbaren Nachbarstaaten der Krisenländer ungleich mehr zu schultern haben. Aber klar ist auch: Es gibt eine Zunahme der Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland. Das stellt manche Stadt und manche Kommune, auch Berlin und seine Bezirke, tatsächlich vor Probleme.

Auch hier hat die Koalition bereits gehandelt. 500 Millionen Euro stehen in diesem Jahr für Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung. Für das Jahr 2016 noch einmal 500 Millionen Euro. Wir haben das Asylbewerberleistungsgesetz reformiert. Dies bringt in diesem Jahr eine Entlastung für die Kommunen von 31 Millionen Euro. Ab 2016 werden es sogar 43 Millionen Euro sein. Außerdem haben wir die mietfreie



Sporthalle in Dahlem - genutzt als Flüchtlingsunterkunft. Foto: Swen Schulz

Abgabe von Bundesimmobilien zur Flüchtlingsunterbringung beschlossen. Wir haben eine Entlastung im Zusammenhang mit den Kosten der Zuwanderung aus der EU vereinbart: 25 Millionen Euro. Außerdem eine Unterstützung bei Maßnahmen im Gesundheitswesen: 10 Millionen Euro jährlich. In diesem Jahr haben wir 40 Millionen Euro für zusätzliche Integrationskurse in den Haushalt und weitere 10 Millionen Euro im Rahmen der Programme der sozialen Stadt bereitgestellt.

Und trotzdem sind nicht alle Probleme gelöst. Der Bund muss sich über die bisherigen Leistungen hinaus engagieren, denn letztlich ist die Flüchtlingspolitik eine nationale Aufgabe!

Wir werden größere Schwierigkeiten be-

kommen, wenn es etwa heißen würde: Wir müssen das Schwimmbad schließen, weil wir eine Flüchtlingsunterkunft einrichten müssen. Auf gar keinen Fall darf die Hilfe für Flüchtlinge und Asylbewerber in Konflikt geraten mit der Daseinsvorsorge, mit wichtigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Es muss beides zusammengehen. Es geht auch beides zusammen, gute kommunale Leistungen und eine gute Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern!

Leider sehen das CDU und CSU nicht so und wollen die Städte und Kommunen bei dieser Aufgabe nicht weiter unterstützen. Ich halte das für unverantwortlich, gerade auch mit Blick auf die Kritik in Teilen der Gesellschaft.

Nehmen wir die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern: Es belastet Flüchtlinge genauso wie Anwohnerinnen und Anwohner, wenn eine Unterbringung aus finanziellen Gründen nicht ordentlich ausgestattet wird. Und es ist für die Flüchtlinge eine Belastung und für die Gesellschaft schlecht, wenn die Flüchtlinge nicht sofort gute Betreuung, Unterstützung, Sprachkurse, wo nötig psychologische Hilfe bekommen.

Ja, es kostet Geld. Doch das ist ein Gebot der Menschlichkeit, der Nächstenliebe und unseres Grundgesetzes, Menschen in Not zu helfen.

Swen Schulz □

Brotlose Kunst?

SPD-Fraktion diskutiert über soziale Lage im Kulturbereich

Studien über die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern in Deutschland zeigen, dass deren soziale Absicherung nach wie vor unsicher ist. Auf einer Veranstaltung in der Reihe Fraktion vor Ort stellt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Berliner Abgeordnete Eva Högl das Thema „Brotlose Kunst?“ am 9. März in den Mittelpunkt.

Mit dabei sind Siegmund Ehrmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, Kultur-Staatssekretär Tim Renner, die Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordnetenhausfraktion Brigitte Lange und Christophe Knoch, Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlins.

Durchschnittlich niedrige Einkommen und vorwiegend freischaffende Beschäftigungsverhältnisse in Kombination mit steigenden Lebenshaltungskosten führen häufig zu prekären finanziellen Verhältnissen der Kunst- und Kulturschaffenden.

Die soziale Absicherung der Künstler findet in der politischen Debatte zunehmend Berücksichtigung. Gerade in einer Kulturstadt Berlin, die Anziehungspunkt für viele Künstlerinnen und Künstler ist und mittlerweile in einem Atemzug mit anderen internationalen Kunstmetropolen wie New York oder London genannt wird, gilt es, die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern zu verbessern.

Was brauchen Künstlerinnen und Künstler, um leben und arbeiten zu können? Wie können und müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern? Die Stabilisierung der Künstlersozialkasse durch den Bund und die Liegenschaftspolitik des Berliner Senats sind nur zwei der Aspekte, die innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert werden und in der Diskussion mit Betroffenen zur Sprache kommen sollen. □

➔ Montag, 9. März, 19.00 Uhr, Acud Macht Neu, Veteranenstraße 21, 10119 Berlin, Anmeldung erbeten im Büro Eva Högl 227-79023 oder eva.hoegl@bundestag.de

Wohngeldnovelle in der Abstimmung

Mit der Wohngeldnovelle werde jetzt ein weiteres Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Darauf hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt hingewiesen.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Leistungshöhe des Wohngeldes und die Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung anzupassen. Schmidt: „Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bei der Berechnung auch der Anstieg der Nebenkosten berücksichtigt werden soll. Damit ist die Bruttowarmmiete die Bemessungsgröße, womit wir den Wunsch vieler Menschen aufgreifen, deren Miete gerade durch die Heizkosten deutlich ansteigt.“ Zudem ist geplant, dass regionale Unterschiede berücksichtigt werden. „Die Miete ist in Ballungsräumen oftmals deutlich höher als in ländlichen Regionen“, so Matthias Schmidt. „Es ist gut, dass die Miethöchstbeträge in Regionen mit stark steigenden Mieten überdurchschnittlich angehoben werden sollen.“ BS □

Gesundheit:

Pflegeberufe müssen attraktiver werden

Mechthild Rawert: Bessere tarifliche Bezahlung und neue Arbeitsplatzmodelle

Ich spreche oft mit Auszubildenden und BerufsanfängerInnen in der Pflege. Sie alle sehen in ihrer Tätigkeit für pflegebedürftige Menschen viel Sinn, beklagen aber das schlechte Berufsbild in der Öffentlichkeit sowie die unregelmäßigen Arbeitszeiten und Wochenenddienste, die vielen Überstunden, das Einspringen an freien Tagen u.a. aufgrund überdurchschnittlich hoher, krankheitsbedingter Fehlzeiten im Team. Viele verlassen die Branche bereits nach 5 bis 7 Jahren.

Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt, dass Fachkräfte in der Altenpflege bundesweit erheblich weniger verdienen als Fachkräfte anderer Berufe (im Osten 16,1 % und im Westen 17 % weniger) und auch als Fachkräfte in der Krankenpflege (im Osten 28,9 % und im Westen 18,2 % weniger).

Die enormen Entgeltunterschiede zwischen Kranken- und AltenpflegerInnen sind laut Studie damit begründet, dass KrankenpflegerInnen überwiegend im Krankenhaus arbeiten, während AltenpflegerInnen überwiegend in stationären oder ambulanten Pflegeeinrichtungen tätig sind. Die unterschiedlich hohe Bezahlung kann auch mit der Tarifbindung erklärt werden. AltenpflegehelferInnen verdienen im Osten 19,3 % und im Westen 24,9 % we-



Mechthild Rawert ist Gesundheitsexpertin der SPD-Bundestagsfraktion. Foto: Horb

niger als KrankenpflegehelferInnen. Auffällig für Berlin ist, dass bei uns HelferInnen in der Krankenpflege besonders schlecht bezahlt werden. Ihr Einkommen liegt um 35,2 Prozent unter dem landesspezifischen Durchschnittslohn!

Der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt in der Krankenpflege 9,4 % und in der Altenpflege 4,5 %. Laut IAB-Studie sind Gründe dafür die familienbedingten Unterbrechungen der weiblichen Berufslaufbahnen und ihre Konzentrierung auf Betriebe ohne Tarifbindung.

Angesichts der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen gilt es, junge Män-

ner und Frauen gleichermaßen für die Pflegeberufe gewinnen. Zurzeit sind etwa 70 Prozent der Beschäftigten Frauen. In ihrem Fortschrittsbericht 2014 zum Fachkräftekonzept prognostiziert die Bundesregierung für das Jahr 2030 die größten Engpässe bei den Gesundheitsberufen, noch vor ManagerInnen und IngenieurInnen. Das heißt, es bedarf für die Pflegeberufe mehr Wertschätzung, eine gerechtere (tarifliche) Entlohnung, mehr alter(n)sgerechte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und ein geschlechtergerechtes Personal- und Organisationsmanagement.

GESETZ FÜR PFLEGEBERUFE

Die SPD setzt sich seit langem für eine bessere tarifliche Bezahlung in der Pflege ein. Wir wollen einen flächendeckenden Tariflohn. Im Rahmen des 2014 verabschiedeten Pflegegestärkungsgesetzes 1 haben wir die Tariflöhne gestärkt.

In dieser Legislaturperiode wollen wir ein Pflegeberufegesetz mit einer gemeinsamen Pflegeausbildung und einem einheitlichen Berufsabschluss für alle verabschieden. Damit steigern wir die Attraktivität des Pflegeberufes, erhöhen die Durchlässigkeit und die Chance auf Verbleib im Berufsfeld bis zur abschlagfreien Rente.

Mechthild Rawert □

Soziales:

„Das Leid gelindert“

Hilfsfonds für ehemalige Heimkinder Ost aufgestockt

Der Hilfsfonds für ehemalige Heimkinder Ost wird finanziell aufgestockt und verlängert. Das hat das Bundeskabinett am 25. Februar beschlossen. Der Treptow-Köpenicker SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt begrüßte es, dass damit die Folgen des Leids von ehemaligen Kindern und Jugendlichen in Heimen in der DDR gelindert werden kann.

Der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ war vor wenigen Jahren mit insgesamt 40 Millionen Euro ausgestattet worden. Jetzt wird er auf bis zu 364 Millionen Euro aufgestockt und die Laufzeit verlängert. „Damit unterstützen wir über 30.000 Opfer. Das kann das damals erlittene Leid zwar nicht ungeschehen machen, aber es lindert die Folgen“ sagt Matthias Schmidt.

Matthias Schmidt weiter: „Mit der zusätzlichen Finanzspritze für den Fonds

sorgt der Staat für die Anerkennung des Leids, medizinische Hilfen und Nachteilsausgleiche in der Rentenversicherung. Ich freue mich über dieses wichtige Signal der Solidarität und Verantwortung.“

Kinder und Jugendliche aus der DDR, die zwischen 1949 und 1990 in speziellen Heimen und so genannten Jugendwerkhöfen untergebracht waren, wurden nach den Erziehungsvorstellungen des damaligen SED-Regimes oft auf grausame Art „umgezogen“. Eins dieser Heime, in denen zum Teil Willkür und Härte für viel menschliches Leid sorgte, befand sich in Berlin Treptow: das Heim Makarenko. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands fanden bis zu 600 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren im größten Kinderheim der DDR ein Zuhause. Insgesamt 6000 Kinder durchlebten die Einrichtung. Nach der Wende wurde das Kinderheim aufgelöst.

PM □

Bildung:

Ganztagsschule:

Programm läuft weiter

Eine Erfolgsgeschichte geht weiter: Das Ganztagsschulbegleitprogramm, das eigentlich Ende Februar ausgelaufen wäre, kann dank Vorgaben des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag auch in 2015 fortgesetzt werden.

„Mithilfe der nochmals zur Verfügung gestellten Bundesmittel sollen die bewährten Beratungsstrukturen und Serviceagenturen in allen Bundesländern erhalten werden“, so der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz, zuständiger Berichterstatter der Fraktion. „Zudem erwarten wir, dass die erfolgreiche Reihe der Ganztagsschulkongresse zum länderübergreifenden Erfahrungsaustausch fortgesetzt wird.“ Die Bundesmittel für 2015 stellen sicher, dass der Übergang in die Länderfinanzierung bruchlos erfolgen kann. Damit könne das Programm dauerhaft auf tragfähige Strukturen gestellt werden. □

Kommunikation:

Warum Olympia nur mit den Bürgern geht

Yannick Haan: Die Politik mit Daten unterfüttern

Ich bin immer noch sehr unentschlossen, was die Frage von Olympischen Spielen in Berlin angeht. Auf der einen Seite sind solche Spiele natürlich eine große Chance für unsere Stadt. Auf der anderen Seite stellen solche Sportereignisse auch immer große Eingriffe in das Gefüge und die Dynamik von Städten dar. Sowohl in London als auch in Peking kam es zu Verdrängungen und die Stadt musste jeweils Milliarden investieren die am Ende vor allem dem IOC nutzten. Ich finde es gibt gute Gründe für Olympia, es gibt aber auch gute Gründe einer Bewerbung zur Ausrichtung der Olympischen Spiele skeptisch gegenüber zu stehen. In meiner Beobachtung geht es vielen Menschen ähnlich wie mir selber. Viele sind zwischen beiden Seiten hin und her gerissen.

Egal wie man über Olympia denkt, eines ist klar: Die Ausrichtung der Olympischen Spiele wird für Berlin weitgehende Konsequenzen haben. Zu Recht fordern daher die meisten Berliner eine umfassende Debatte über eine Bewerbung. Dabei zeigt sich in den letzten Jahren, dass die vernetzte Stadt und die zunehmende Digitalisierung der Stadtgesellschaft die politische Debatte deutlich verändert hat. Die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Kollaboration und zur Partizipation haben sich grundlegend verändert.

1. DER INFORMATIONSZUGANG

Das Internet hat den Zugang zu Informationen, gerade auch in der Stadt, grundlegend neu geordnet. Seit einigen Jahren gibt es eine Bewegung die sich dafür einsetzt, dass die Verwaltungen in den Städten ihre Daten für die Bürgerinnen und Bürger offenlegen. Diese Daten können dann von Journalisten oder Programmierern genommen, miteinander verknüpft und visualisiert werden.

So können Debatten die früher vielen Bürgern nicht zugänglich waren einfach dargestellt werden. Vor einiger Zeit wurde beispielsweise in München darüber diskutiert, ob am Flughafen eine dritte Start- und Landebahn gebaut werden sollte. Für die allermeisten Menschen ist es schwierig einzuschätzen, welche Konsequenzen eine solche Landebahn für sie persönlich hätte. Die Süddeutsche Zeitung allerdings hat die Daten des Flughafens genommen und diese visualisiert. So kann jeder Bürger genau erkennen welche Folgen eine dritte Start- und Landebahn für die Luftverschmutzung



Yannick Haan ist einer der drei Sprecher des Forums Netzpolitik der Berliner SPD.

Foto: Paeche

und den Lärm bedeuten würde. Eine Diskussion die vorher nur wenigen Experten offen steht, steht jetzt jedem Bürger offen.

2. DER INFORMATIONSFLUSS

Doch nicht nur der Informationszugang in der Stadt hat sich verändert sondern auch der Informationsfluss. Noch vor einigen Jahren haben vor allem die Parteien, der Senat und die klassischen Medien alleine entschieden welche Themen in der Stadt gerade diskutiert werden. Doch in der vernetzten Stadt hat der Einfluss der klassischen Institutionen deutlich abgenommen.

Durch Social Media und Blogs entscheiden alle Bürger über den Informationsfluss selber mit. Dies hat sich deutlich bei den Protesten gegen den Neubau an der East Side Gallery gezeigt. Obwohl dieser Bau politisch längst entschieden war und auch die klassischen Medien nicht über dieses Thema berichtet haben, gab es für viele überraschend große Proteste. Allein über das In-

ternet konnte der Protest organisiert werden. Nach den ersten großen Protesten berichteten auch die klassischen Medien und die Politik war gezwungen sich wieder mit dem Thema zu beschäftigen.

3. DIE MÖGLICHKEITEN ZUR KOLLABORATION

Die wohl wichtigste Veränderung ist allerdings die immer einfacher werdende Kollaboration der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt. Die digitalen Werkzeuge ermöglichen es den Menschen in der Stadt leichter als jemals zuvor zusammen zu arbeiten. Solche oft sehr losen Kooperationen zeigen sich aktuell ganz häufig im urbanen Raum.

Die Kampagne gegen die Randbebauung des Tempelhofer Feldes ist ein sehr anschauliches Beispiel wie weitreichend eine solche Kooperation im urbanen Raum gehen kann. Mit dieser neuen Möglichkeit der Kollaboration hat sich auch das Machtgefüge in der Stadt verschoben.

REAKTIONEN DER POLITIK

Auf diese drei großen Veränderungen muss die Politik und muss auch die SPD endlich reagieren. So wird es Zeit, dass wir anfangen unsere Politik mit Daten zu unterfüttern. Die Bürgerinnen und Bürger haben heute zu Recht ein gesteigertes Informationsbedürfnis. Diesem muss die Politik nachkommen.

Bei der Bewerbung um Olympia zeigt sich wieder der Mangel an Daten. Am Ende bleibt beim Bürger daher vor allem Skepsis gegenüber den Aussagen des Senats. Durch den veränderten Informationsfluss muss auch die Kommunikation des Senats und der Parteien komplett neu aufgestellt werden. Die aktuelle Kampagne „Wir wollen die Spiele“ zeigt gerade wieder sehr anschaulich wie trotz vieler investierter Millionen sich kaum ein Bürger von dieser Kampagne angesprochen fühlt.

Als letzte und wichtigste Veränderung wird es endlich Zeit, die Bürger frühzeitig und umfassend in Planungen einzubeziehen. Wenn wir weiter über die Köpfe der Menschen hinweg planen, dann werden wir mit diesen Plänen auch weiterhin scheitern. Wenn wir weiter über die Köpfe der Menschen hinweg planen, dann werden wir nicht nur beim Tempelhofer Feld und bei einer Olympiabewerbung scheitern, sondern bei fast allen weiteren großen Vorhaben in der Stadt.

Yannick Haan □

Online-Bürgerbüro zur Olympia-Bewerbung

Mit der Internetseite <http://was-will.berlin.de/> hat der Senat eine zentrale Anlaufstelle für den Beteiligungsprozess zur möglichen Bewerbung Berlins um Olympische und Paralympische Spiele eingerichtet. Dort sind auch Anmeldungen zur nächsten Bürgerwerkstatt am 12. März möglich.

Nachruf:

Engagierter Streiter für soziale Demokratie

Wissenschaft und Technologie geprägt - Klaus Böger zum Tod von Hans Kremendahl

Am 10. Februar 2015 ist Hans Kremendahl im Alter von nur 66 Jahren verstorben. Für mich und viele Freunde und Genossen ein Schock, verbunden mit tiefer Trauer.

Hans wuchs in Wuppertal auf, machte in Remscheid Abitur und kam 1967 nach Berlin zum Studium der Politikwissenschaft an das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Nach vier Jahren machte er 1971 sein Diplom, wurde 1972 wissenschaftlicher Assistent, promovierte 1976 und habilitierte 1979. Seine zentralen Forschungsgebiete waren Pluralismustheorie und Parteiendemokratie.

Als junger Student hatte Hans Kremendahl noch die Abschiedsvorlesung von Ernst Fraenkel, dem Nestor der deutschen Politikwissenschaft, gehört, war von dessen Persönlichkeit und wissenschaftlicher Arbeit fasziniert und widmete ihm seine Doktorarbeit „Pluralismustheorie in Deutschland“, 1979 erschienen und ein bis heute gültiges Standardwerk. Zweifellos hätte Hans eine weitere wissenschaftliche Karriere machen können, aber er war - früh in die SPD eingetreten - auch immer an praktischer Politik, an konkreten Verbesserungen in Gesellschaft und Politik interessiert.

Ich habe Hans 1968 kennen gelernt. Wir waren ein Kreis engagierter Studenten, die sich einmischten in die heute fast vergessenen heftigen Auseinandersetzungen um die Reformen in Hochschulen und Gesellschaft. Hans war der intellektuelle Kopf unserer Gruppe.

1981 bis 1989 war er Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin und wirtschafts-



Hans Kremendahl.

Foto: Horb

politischer Sprecher der SPD-Fraktion. Von 1985 bis 1989 war er zugleich Landesgeschäftsführer unserer Partei, eine in den damaligen heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht einfache Aufgabe, die er glänzend meisterte.

Von 1989 bis 1996 war Hans in wechselnden Ressorts Staatssekretär, immer aber verbunden mit Wissenschaft und Technologie. Er hat sich in dieser Zeit besonders engagiert und verdient gemacht um die Einrichtung und Fortentwicklung des Technologiestandorts Adlershof - heute ein prägnantes Erfolgsmodell - damals wegen der notwendigen Investitionen heftig umstritten.

1996 verließ Hans Kremendahl Berlin und folgte dem Ruf seiner Freunde in seiner Heimatstadt Wuppertal. Er wurde im gleichen Jahr vom Rat der Stadt zum Oberbürgermeister gewählt. 1999 wurde er in

der ersten Direktwahl von der Bürgerschaft erneut in dieses Amt gewählt. Nach diesem großartigen Wahlerfolg folgte die mit Sicherheit schwerste und schlimmste Zeit in seinem Leben. Im Sog einer Spendenaffäre geriet er in Korruptionsverdacht, wurde angeklagt, ließ sein Amt ruhen, trat 2004 erneut an und verlor die Wahl. Hans wurde in allen Verfahren zuerst 2002, dann nach Revisionen der Staatsanwaltschaft, die vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen wurden, erneut 2006 frei gesprochen und damit vom Vorwurf der Korruption entlastet.

Diese Zeit der Verdächtigungen hat ihn bis ins Mark getroffen. Für mich und seine Freunde war ohnehin klar, dass Hans sich immer korrekt verhalten hat. So wie wir ihn kannten und erlebt haben, waren die Vorwürfe unvorstellbar, aber Unschuldsvermutungen gelten in der Regel bei Politikern nichts. Hans hat auch diese schwere Herausforderung bestanden und hat sich als politischer Publizist weiterhin engagiert.

Die SPD hat mit ihm einen leidenschaftlichen und engagierten Streiter für soziale Demokratie und für soziale Marktwirtschaft, die wirtschaftlichen Erfolg und Teilhabe ermöglicht, verloren.

Seine Mitstreiter und ich haben einen liebenswerten und guten Freund verloren. Seinen Humor, seine sagenhafte Fähigkeit, schnell und druckreif zu formulieren und sein geradezu anekdotisches Gedächtnis haben unser Leben bereichert.

Wir sind traurig, und unser Mitgefühl für den großen Verlust gilt seiner Frau und seiner Familie.

Klaus Böger □

Gedenken:

90. Todestag: Ehrung für Friedrich Ebert

Anlässlich des 90. Todestages von Friedrich Ebert hat die SPD im Boxhagener Kiez in Friedrichshain am vergangenen Samstag zusammen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und mit dem Lichtenberger SPD-Vorsitzenden Ole Kreins an den ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Reichspräsidenten erinnert. Daran nahmen auch Georg Ebert, Enkel von Friedrich Ebert, und seine Frau Rosel teil.

In seiner Begrüßung erinnerte der Vorsitzende der SPD im Boxhagener Kiez, Sven Heinemann, MdA, an die Zeit der Familie Friedrich Ebert in Boxhagen-Rummelsburg: Ebert war auf dem Parteitag in Jena am 17. bis 23. September 1905 mit 174 von



Sven Heinemann, Ole Kreins, Georg und Rosel Ebert sowie Raed Saleh. Foto: Büro Heinemann

283 Stimmen als besoldeter Sekretär in den SPD-Vorstand gewählt worden und musste nach Berlin umziehen. Bei der Wohnungs-

wahl entschied sich die Familie für eine Drei-Zimmer-Wohnung mit Balkon im IV. Stockwerk in der Neuen Bahnhofstraße 12, gelegen im Neubaugebiet um den Bahnhof Stralau-Rummelsburg (heute: Ostkreuz). Zur Schule gingen die Ebert-Kinder zunächst in der nahegelegenen Holteistraße am Wühlischplatz. Für „Wochenendpartien“ auf dem Rummelsburger See und der Spree besaß die Familie ein Segelboot. 1911 zogen die Eberts dann nach Trepow. Raed Saleh und Ole Kreins würdigten den Demokraten Ebert. Er habe sich damals mit viel Kraft und gegen Widerstände für die heutigen Grundwerte unserer Verfassung eingesetzt. „Ein Revolutionär war er aber nicht“, schränkte Kreins ein. □

„Ich werde nicht schießen“

Der I. Weltkrieg im Spiegel sozialdemokratischer Selbstzeugnisse (Teil 3)

Am 21. März 1915 wurde Karl Liebknecht zum Kriegsdienst eingezogen. Dass er nun vorläufig lahmgelegt sei teilte Karl Liebknecht am 9. Februar 1915 in einem Brief seinem Co-Parteiu. und Co-Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase mit. Am 7. Februar hatte Liebknecht nämlich telegrafisch den Gestellungsbefehl zum Kriegsdienst erhalten. Er, der erste offene Oppositionelle gegen die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag, sollte mit dieser Zwangseinziehung politisch kaltgestellt werden.

Heftiger Streit war in der Reichstagsfraktion entbrannt, weil Liebknecht in einer Botschaft an die Redaktion des „Labour Leader“ der britischen Arbeiterbewegung geschrieben hatte, dass die Stimmung in der Arbeiterschaft Deutschlands sich längst mehr und mehr in Richtung der Ablehnung des Krieges entwickle. Eduard David, einer der einflussreichsten Vertreter des reformistischen Flügels in Partei und Fraktion, erklärte daraufhin am 23. Januar im Fraktionsvorstand, dass er Liebknechts „Verhalten für objektiven Landesverrat halte, wenn er es auch subjektive nicht beachtlich“. (David, Kriegstagebuch, S. 99) Hugo Haase hingegen nahm Liebknecht in Schutz. Taktische Differenzen zwischen dem marxistischen Zentrum und den Radikalen waren dennoch nicht zu übersehen, denn während Liebknecht auf eine offene Ablehnung drängte, verfolgten Haase, Georg Ledebour und andere „Zentristen“ das Ziel, die Mehrheit in der Fraktion zu gewinnen, um so geschlossen auf Basis der Fraktionsdisziplin von der Politik der Bewilligung der Kriegskredite abzuweichen. Doch dies erwies sich als sehr viel schwieriger als erwartet. Am 9. Januar 1915 legte Georg Ledebour (1850-1947) seine Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand nieder, Hugo Haase sah sich massivster Kritik an seiner kriegskritischen und auch die Opposition schützenden Haltung ausgesetzt. Am 30. Januar versuchte Eduard David vergeblich, Liebknecht durch ein schärferes Vorgehen endgültig zu isolieren; Hugo Haase und z.B. Richard Fischer (Berlin), letzterer von der Mehrheit, verteidigten wie auch Friedrich Ebert den Fraktionszusammenhalt. Doch auch die Reichsregierung zeigte erhebliche Verstimmung über die Entwicklungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion. Am 21. Januar 1915 lud Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg die Fraktionsvorsitzenden Philipp Scheidemann und Hugo Haase zum Gespräch. (David, S. 98) Kurz darauf ließ sein Unterstaatssekretär Arnold Wahnschaffe intern verlau-



Karl Liebknecht.

Foto: Library of Congress

ten: „Ich werde sehen, dass ich morgen (Albert) Südekum in dieser Sache spreche. Wahrscheinlich muss der Reichskanzler selbst dem Parteivorstand ein Ultimatum setzen.“ Und man gab sich regierungsseitig ungeduldig: „Sobald feststeht, was die sozialdemokratische Fraktion im Falle Liebknechts tun will, wird der Angelegenheit von neuem näherzutreten sein.“ (H. Wohlgemuth, Karl Liebknecht, S. 271)

Umgehend erhielt Karl Liebknecht am 30. Januar 1915 die Einberufung als Armierungssoldat, sein Gestellungsbefehl sah für ihn das Ersatz-Bataillon der Pioniere in Küstrin vor. Doch da für den 2. und 4. Februar Sitzungen der Reichstagsfraktion vorgesehen waren, musste Liebknecht wieder entlassen werden, noch schützte ihn seine Immunität als Reichstagsabgeordneter. Das Kriegsministerium bezeichnete die gescheiterte Einberufung als „irrtümlich“, man kann gewiss auch den Versuch eines Rechtsbruchs vermuten. Seine Brüder Theodor und Wilhelm hingegen wurden eingezogen.

Am 7. Februar 1915 jedoch erteilte den Sozialisten erneut, diesmal telegraphisch, die Gestellung: Major von Lettow vom Oberkommando in den Marken erhielt am 6. Februar den Befehl, „Karl Liebknecht in ein Armierungsbataillon an der Grenze der Monarchie außerhalb einer größeren Stadt einzugliedern. Die Armeeabteilung Falkenhäuser sei dafür am geeignetsten.“ (A. Lashitzka, Die Liebknechts, S. 263). Wegen seines Landtagsmandats und der bevorstehenden Sitzungsperiode stellte Liebknecht den Antrag, ihn bis zu deren Beendigung freizustellen. Dies konnte ihm nicht verwehrt werden, wie sich Liebknecht rückblickend erinnerte: „In einer feierlichen Verhandlung des Bezirkskommandeurs mit mir (in Gegenwart eines anderen Offiziers u. des Bezirksfeldwebels) eröffnete der erstere mir, daß ich von diesem Moment an Soldat sei u. den Militärgerichten unter-

stehe. Er beurlaubte mich jedoch bis zum Schluß der Tagung. Dann las er mir die Erlasse über das Verbot der Teilnahme an Versammlungen und Sitzungen (außer denen des Landtags) u. das Verbot der Agitation in Wort u. Schrift („im In- und Ausland“) sowie des Ausstoßens „revolutionärer Rufe“ vor u. im Anschluss daran die einschlägigen Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches sowie des Reichsmilitärgesetzes“. (Liebknecht, Reden und Schriften 8, S. 193)

Die radikale Linke in der Sozialdemokratie wurde zusätzlich durch die Inhaftierung Rosa Luxemburgs im Frauengefängnis in Berlin-Moabit geschwächt, wo sie allerdings unter dem Pseudonym „Junius“ ihre Abrechnung mit der „Burgfriedenspolitik“ schrieb: Die Krise der Sozialdemokratie. Karl Liebknecht erfreute sich noch bis zum 21. März 1915 der Zeit, sich in ziviler Umgebung aufzuhalten, dann musste er unwiderruflich einrücken. Am 20. März noch hatten Otto Rühle und er im Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt, 30 weitere Fraktionsmitglieder hatten vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen und damit wachsende Opposition signalisiert, darunter Eduard Bernstein, Otto Büchner (Berlin), Wilhelm Dittmann, Fritz Geyer, Hugo Haase, Georg Ledebour (Berlin), Arthur Stadthagen (Niederbarnim) und der Charlottenburger Fritz Zubeil (Dittmann, Erinnerungen 2, S. 313). Stadthagen und Ledebour griffen an diesem Tag in zwei scharfen Reden die Pressezensur und die Kriegspolitik an der Ostfront an.

Am 24. März traf Liebknecht beim 49. Armierungsbataillon im lothringischen Dieuze ein. Unmittelbar nach seinem Zwangsdienstantritt zeigte sich das wahre Gesicht dieser schikanösen Maßnahme: Wegen seiner Antikriegsschrift „Klassenkampf gegen den Krieg“ sollte er vor ein bayerisches Militärgericht gezerrt werden, doch seine Immunität beschützte ihn. Aber er wirkte weiterhin als Aufklärer unter den Soldaten, so dass er von Dieuze nach Küstrin zurückversetzt werden musste. Doch auch hier ließ sich Liebknecht nicht mundtot machen, postwendend wurde er nach Memel versetzt, später nach Warwen und Hasenpot in Richtung Ostfront. Doch blieb er sich treu. Am 21. September 1915 schrieb er: „Liebste herzige Kinder! Es ist heute ein wilder Tag hier und ein sehr böser Abend. Ein russischer Vorstoß aus Riga hat uns überrascht. Wir heben jetzt neue Stellungen aus - in vorderster Linie. Es ist kühl. Neben mir kracht es toll - auf uns ist die Hölle losgelassen. Ich werde nicht schießen!“ (Ebd., S. 315) **Holger Czitrich-Stahl** □

1848. Die Revolution in Berlins Mitte

August Bebel Institut: Aktionswoche zieht die Verbindung von der Geschichte zur Gegenwart

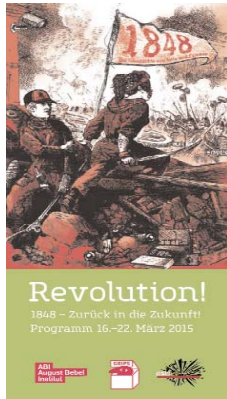
Zur Erinnerung an die März-Revolution von 1848 starten das August Bebel Institut, das Grips-Theater und der Paul-Singer-Verein eine gemeinsame Aktionswoche: „Revolution! 1848 - Zurück in die Zukunft“. Vom 16. bis 22. März sind Stadterkundungen, Workshops und Veranstaltungen geplant.

Im **Jugendworkshop** am 16. März (9.30–16 Uhr) geht es um die Frage: Wofür würdest Du auf die Straße gehen? Dabei geht es um Beteiligung als Machtfrage einst und jetzt.

Eine **Filmvorführung** mit anschließendem Gespräch findet am 17. März, von 18–21 Uhr im Kino Movimiento statt. „Everyday Rebellion“ von Arman T. Riahi und Arash T. Riahi zeigt die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Protestbewegungen in den arabischen Ländern, der Ukraine oder von Occupy.

➡ Movimiento Kino, Kottbusser Damm 22, Eintritt 5 €, Tickets: Tel. 030 - 692 47 85 oder www.movimiento.de

Gedenkveranstaltung. Auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Friedrichshain findet am 18. März von 15 bis 18 Uhr eine Veranstaltung zum 167. Jahrestag der



Märzrevolution statt. Viele der Berliner*innen, die am 18. März 1848 für ein besseres Leben auf die Straße gingen, waren junge Menschen. Oft Lehrlinge, Handwerker, auch einige Frauen, die den Mut hatten und ihr Leben riskierten. 255 Opfer der Revolution sind auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain begraben. Von 15 bis 17 Uhr finden Führungen statt, um 17 Uhr beginnt die Gedenkveranstaltung mit Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland.

➡ Friedhof der Märzgefallenen, Ernst-Zinna-Weg / Landsberger Allee 10249 Berlin, www.friedhof-der-maerzgefallenen.de

Kunst und Protest. Ausgehend von der „Geburtsstunde der Demokratie“ in Europa 1848 geht der Blick bei der Veranstaltung „kulturhappen: Alexanderplatz 1989 feat. Taksim Gezi-Park 2013“ auf die Beispiele „Alexanderplatz 1989“ und „Taksim Gezi-

Park 2013“. Es berichten AkteurInnen.

➡ GRIPS-Podewil, Klosterstr. 68, 10179 Berlin, U2 Klosterstrasse. Freier Eintritt, Spenden erwünscht.

Linie 1848. Mit einem historischen Doppeldeckerbus der BVG geht es am Sonnabend, dem 21. März, zu Revolutionsstandorten in Berlin.

➡ Treffpunkt: 11 Uhr Vorplatz am Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, Beitrag: 5 €, Anmeldung bis 13. März anmeldung@paulsinger.de oder unter 030/21472723

Stadtrundgang. Die preußische Hauptstadt Berlin wurde 1848 zu einem dramatischen Schauplatz der Revolutionsbewegung. Auf den Spuren des alten Berlin werden die Orte aufgesucht, an denen die sozialen Spannungen und politischen Proteste zum Ausdruck kamen. Der Rundgang endet am Gorki-Theater, in dem damals die Preußische Nationalversammlung tagte.

➡ So 22. März, 12–15 Uhr. 1848. Die Revolution in Berlins Mitte, Führung: Reinhard Wenzel (Politologe) Beitrag: 5 €. Anmeldung unter anmeldung@august-bebel-institut.de

PM □

Mehr: <http://revolution1848berlin.de/>

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion
enthalten**

T ERMINE

- 07.03.2015, 10:00 - 12:00, **Matthias Schmidt, MdB - Treptow-Köpenick, Sprechstunde**, Schmidts Ekke, Ekkehardstr. 1, 12437 Berlin
- 07.03.2015, 11:00 - 13:00, Franziska Becker, MdB - Wilmersdorf, **Politisches Frauenfrühstück zum internationalen Frauentag**, Wahlkreisbüro von Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10715 Berlin
- 07.03.2015, 12:30 - 14:00, ASF Tempelhof-Schöneberg, **ASF-Frauenfrühstück zum Frauentag**, Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin (U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Straße)
- 08.03.2015, 10:00, SPD Fraktion Treptow-Köpenick, **Kiezspaziergang „Die Berliner Waschküche. Auf der Spurensuche nach den Köpenicker Wäscherinnen“** mit Claudia von Gelieu, Treffpunkt Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 08.03.2015, 10:30, ASF Mitte, **Frauenfrühstück**, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 10.03.2015, 12:30 - 14:00, Bruni Wildenheim-Lauterbach, MdB - Wedding, **Telefonische Sprechstunde**, Tel. 030/2325-2297
- 10.03.2015, 19:30, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Schöneberg, **Kiezgespräch: Parkraumbewirtschaftung – Eine Lösung für die Rote Insel?** Mit Stadtrat Oliver Schworck, Tuffstein, Leberstraße 2, 10829 Berlin von Klaus Mindrup, MdB Pankow
- 10.03.2015, 10:00 - 14:00 Klaus Mindrup, MdB Pankow, **Sprechstunde**, Wahlkreisbüro, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin
- 11.03.2015, 15:00 - 17:00, Dr. Ina Czyborra, MdB - Zehlendorf, **Sprechstunde**, Wahlkreisbüro, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 11.03.2015, 17:00 - 19:00, Rainer-Michael Lehmann, MdB - Pankow - Buch, Karow, Französisch Buchholz, **Bürgersprechstunde**, Künstlerhof, Restaurant Lounge, Alt-Buch 45, 13125 Berlin
- 11.03.2015, 14:00 - 15:30, AG 60 plus + Berliner Seniorentreff, **Berliner Seniorentreff**, Stiftung BSW, Panoramastr. 1, 10178 Berlin (rechts vom Fernsehturm beginnt die Panoramastr. 1, über den Hof, nach links zum Aufgang B, mit dem Fahrstuhl bis zur 3. Etage fahren und rechte Tür zum BSW-Kulturzentrum)
- 12.03.2015, 19:00, **SPE-AktivistInnen Treffen**, Café Orange, Oranienburger Straße 32, 10117 Berlin
- 12.03.2015, 19:00, **Junge Afa, Ausgliederung von Deutsche Post-Angestellten**, Bürgerbüro des MdB Ilkin Özisik in der Arminius-Markthalle, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin
- 12.03.2015, 19:00, Jusos Tempelhof-Schöneberg, **Rechtspopulismus**, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 12.03.2015, 10:00 - 12:00, AG 60 plus Tempelhof-Schöneberg, **Politisches Frühstück**, „Rob-

- bengatter“, Grunewaldstraße 55, 10825 Berlin
- 13.03.2015, 19:00, Dilek Kolat, MdB - Schöneberg, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdB, **Politischer Salon: Elterngeld, Familienarbeitszeit, Kita-Ausbau – Wie vereinbaren wir Familie und Job?** mit Dr. Tanja Wielgoß, Vorstandsvorsitzende der BSR, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
- 13.03.2015, 11:00 - 12:00, **Brigitte Lange, MdB - Märkische Viertel und Lübars, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Brigitte Lange, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Anmeldung unter 030/69 81 87 13.
- 14.03.2015, 11:00 - 12:00, Clara West, MdB - Pankow, **Beratung zum Mietrecht**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin
- 14.03.2015, 11:00, **ASF Friedrichshain-Kreuzberg, Frauenfrühstück**, AWO-Café, Oranienstr. 69, 10969 Berlin
- 14.03.2015, 10:00 - 18:00, Schwusos (Queer-sozis) Berlin, **Verbands- und Neumitgliederseminar der Schwusos (QueerSozis)**, Sonntags-Club, Greifenhagener Str. 28 (U- + S-Bhf. Schönhauser Allee). Weitere Informationen und Anmeldung info@schwusos-berlin.de
- 15.03.2015, 18:00 - 19:00, Clara West, MdB - Pankow, **Beratung zum Sozialrecht**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin. Anmeldung: 030 / 767 300 36.
- 15.03.2015, 14:00, Schwusos (Queersozi)s, **Besuch und Führung durch die Ausstellung 'porn that way'**, Treffpunkt Eingang Schwules Museum, Lützowstraße 73, 10785 Berlin
- 16.03.2015, 17:30 - 18:30, **Sven Heinemann, MdB - Friedrichshain, Bürgersprechstunde**, SPD Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 17.03.2015, 07:30 - 09:00, **Björn Eggert, MdB - Kreuzberg, Dienstagsfrühverteilung**, U-Bhf. Schlesisches Tor, 10997 Berlin
- 17.03.2015, 16:00, AG 60 plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Berlin will die Olympischen Spiele**, mit Dennis Buchner, MdB und sportpolitischer Sprecher der SPD Fraktion, Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 17.03.2015, 20:00, Dr. Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Stammtisch „Fritz & Friends“**, Alter Roter Löwe Rein, Richardstraße 31, 12043 Berlin
- 17.03.2015, 10:00, Daniel Buchholz, MdB Spandau, **Geheime Orte: Florida-Eis Spandau**. Wegen der großen Nachfrage werden ausschließlich Einzelplätze vergeben, die am 10. März 2015 unter allen verlost werden, die eine E-Mail an info@daniel-buchholz.de gesandt haben oder unter Telefon 9235 9280 Namen und Telefonnummer hinterlassen haben. Bei Losglück gibt es rechtzeitig weitere Informationen zum Ablauf.
- 18.03.2015, 19:00 - 21:00, SPD Steglitz-Zehlendorf + Abt. Seenplatte, **Politik im Dialog - Arbeit und Soziales im Jahr 2015 mit Yasmin Fahimi**, Clubhaus Hertha 03 (Golden Goal), Onkel-Tom-Straße 52a - 54a, 14169 Berlin
- 18.03.2015, 17:00 - 18:30, Franziska Becker,

MdB + Frédéric Verrycken, MdB, **Einladung zum Besuch des Abgeordnetenhauses**, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Anmeldung: unter 23 25-22 81.

■ 18.03.2015, 18:30 - 20:30, Ole Kreins, MdB | Fachausschuss Mobilität, **Die Entwicklung des Luftverkehrsmarkts in der Hauptstadtregion** - welche Kapazität brauchen wir bis 2020? Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 18.03.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdB - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MdB, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 20.03.2015, 16:00, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD, **ASF-Landesfrauenkonferenz**, IG-Metall, Alwin-Brandes-Saal, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

Afghanistan - Frieden schaffen durch Bildung

Bildung spielt für den Frieden Afghanistans eine entscheidende Rolle. Insbesondere die Modernisierung des afghanischen Hochschulwesens stellt eine unverzichtbare Grundlage für das Gelingen des zivilen Wiederaufbaus in Afghanistan dar. Gemeinsam mit dem Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur und der Deutsch-Afghanischen Gesellschaft lädt der Fachausschuss Internationales am 21. März zu einer Diskussionsveranstaltung.

Die internationale Gemeinschaft wie auch der afghanische Staat haben im Zuge des Wiederaufbaus erheblich in das Hochschulwesen des Landes investiert. Heute studieren mehr als 250.000 junge Frauen und Männer an 31 staatlichen und 70 privaten Hochschulen.

Eine quantitative Erweiterung des Hochschulwesens reicht nicht aus. Ebenso wichtig sind ein vergleichbarer Ausbau der primären und sekundären Bildungssektoren sowie der Berufsbildung, ein Abbau des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land, eine weitere Stärkung der Frauen- und Mädchenbildung, nicht zuletzt der Aufbau von Strukturen der politischen Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unter Einbeziehung der religiösen Bildungseinrichtungen. Und es geht um die Frage, wie in all diesen Bildungseinrichtungen Inhalte etabliert werden können, welche Frieden und Versöhnung nach 30 Jahren Bürgerkrieg einen Weg ebnen.

➡ **Frieden schaffen durch Bildung**, Samstag, 21. März, 13.00 - 19.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus; Erika-Heß-Saal; Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung bis 20.03. erbeten an rahimsafi@afghanistan-komitee-berlin.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Zeit für ein neues „Rotes Tuch“

Ausschreibung für antifaschistischen Jugendmedienpreis

Seit 1978 verleiht der SPD-Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf, unterstützt durch den Landesverband, den antifaschistischen Jugendmedienpreis „Das Rote Tuch“.

Der mit 2500 € dotierte Preis geht dabei immer wieder an ein neu erschienenes Medium. Welche Form, das ist frei, in der Vergangenheit wurden Filme, Ausstellungen, Bücher und Theaterstücke geehrt. Die Jury des Preises setzt sich aus Genossinnen und Genossen sowie parteilosen antifaschistischen Menschen zusammen.

Für das Jahr 2015 gilt mit neuer Vehemenz, was die Jury in den letzten Jahren schon beschäftigt.

Die Formen von Ausgrenzung, menschenverachtendem Hass und Terror gegen anders Denkende nimmt zu; das Jahr 2015 hat uns mit den Anschlägen in Paris von Beginn an aufgerüttelt. In ganz Europa nehmen nationalistische Strömungen zu, das Fundament unserer Aufklärung scheint brüchiger zu werden. Um so wichtiger ist es, Haltung zu zeigen und laut und deutlich gegen zunehmenden Chauvinismus, Faschismus und Antisemitismus auf-



Preisverleihung 2013 mit Jan Stöß, Frank Jahnke, Carolina Böhm, Preisträger Daniel Höra und Christian Gaebler. Foto: Horb

zutreten. Dies wollen wir mit der Tradition der Preisverleihung unterstützen.

Die Jury hat daher wie in den letzten Jahren auch offene Ohren und Augen für alle Medien, die uns spannende Geschichten erzählen von Aufklärung, freier Meinungsäußerung, Respekt, Toleranz und Solidarität.

Carolina Böhm □

➔ Die Jury nimmt bis zum Mai 2015 gerne Vorschläge entgegen, diese bitte per Mail an carolina.boehm@yahoo.de.

„Vom Vater sehen gelernt“

Fotografien von Fritz und Klaus Eschen in der Galerie im KSH

Am Mittwoch, dem 11. März wird in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eine Ausstellung mit Fotografien von Fritz Eschen (1900 - 1964) und seinem Sohn Klaus (*1939) eröffnet.

Beide waren Flaneure, sie durchwanderten die sich alltäglich verändernde Stadt, in der sie zu Hause waren und die sie liebten. Mit ihrer Kamera wurden sie zu bewundernten Chronisten Berlins. Fritz Eschen begann in der Weimarer Republik als Pressefotograf. Seine Bildreportagen wurden berühmt. Als Jude durfte er ab 1938 nicht

einmal mehr eine Kamera besitzen. Er wurde zur Zwangsarbeit eingesetzt. Viele Angehörige wurden ermordet. Nach der Befreiung Deutschlands 1945 griff er sofort wieder zur Kamera und beschrieb das Überleben im zerstörten Berlin. Die Fotografien von Klaus Eschen entstanden neben seinem beruflichen Engagement als Anwalt und Berliner Verfassungsrichter.

➔ Vernissage Mittwoch, 11. März 2015, 19:30, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, bis 10. April 2015 Mi, Do, Fr, 16 - 18 Uhr.

Theater:

Kreisler-Komödie im Kleinen Theater

Ein neues Gebot erobert die Zweisamkeit: „Du sollst nicht lieben.“ Es zu achten, erzeugt Heiterkeit und eine zur Absurdität neigende Ironie. Die junge, lebhaft Sonja trifft auf den kultivierten, bindungsängstlichen Lothar und beide entdecken, es wäre das Beste, sich nicht zu lieben.

Georg Kreisler serviert mal bissig pointiert, mal charmant beschwingt und bereitet genussvolle Momente in dieser musikalischen Komödie. Er entspinnt eine bitter-süße Nichtromanze, die die Fallen des Ehelebens offenbart und gewährt höchst aufschlussreiche Einblicke in wiederkehrende



Szenenfoto: Jörn Hartmann

Zweisamkeitsverzweifelungen. Seine Übertreibungen erzeugen Vergnügen am gnadenlos Normalen. Musik von Bach bis Wolf mischt sich unter die beiden, Beethoven und Rossini feiern komödiantische Urständ, und fröhlich bilden sie den Abgang der Liebe.

Eva Liebchen □

➔ Du sollst nicht lieben. Musikalische Komödie von Georg Kreisler, Kleines Theater am Südwestcorso 64, 12161 Berlin (Friedenau). Nächste Vorstellungen: 11.3. und 13. bis 15.3. Mehr Informationen: <http://kleines-theater.de>